

"Montan-Union im Kreuzfeuer" in Informationsdienst des Bundespresseamtes (10. Juli 1953)

Legende: Der Informationsdienst des Bundespresseamtes beschreibt in seiner Ausgabe vom 10. Juli 1953 die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), der ersten übernationalen europäischen Gemeinschaft.

Quelle: Informationsdienst des Bundespresseamtes. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 10.07.1953, Nr. 3. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Montan-Union im Kreuzfeuer".

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/montan_union_im_kreuzfeuer_in_informationsdienst_des_bundespresseamtes_10_juli_1953-de-38281eb6-613e-4bf9-bdbc-116e3d09f35c.html

Publication date: 21/01/2015

Montan-Union im Kreuzfeuer

Seitdem am 1. Mai 1953 der Gemeinsame Markt für Stahl errichtet worden ist und damit die Montan-Union alle vertraglich vorgesehenen Aufgaben auf dem Gebiet von Kohle, Schrott, Erz und Stahl übernommen hat, ertönen in immer stärkerem Maße kritische Stimmen, die sich teils mit den einzelnen Maßnahmen, teils aber auch erneut mit dem „Konstruktionsprinzip“ dieser ersten übernationalen europäischen Gemeinschaft auseinander setzen.

Einig in der Kritik?

Dabei fällt es freilich gerade dem so viel zitierten „Mann auf der Straße“ oft nicht leicht, zwischen der mehr oder weniger berechtigten Kritik vor allem einzelner Interessentengruppen an jeweiligen Entscheidungen der Hohen Behörde einerseits und den sehr globalen Urteilen aus bestimmten politischen oder auch wirtschaftstheoretischen Konzeptionen andererseits zu unterscheiden. Aber nicht zuletzt diese globalen Urteile, wie sie in letzter Zeit wiederholt laut werden und etwa in der Feststellung gipfeln, die Montan-Union habe die meisten Befürchtungen bestätigt, die man schon vor ihrer Gründung hegen mußte, tragen zu einer gewissen Verwirrung bei. Dies gilt vor allem auch deshalb, weil diese Stimmen aus einem Lager kommen, das weit von dem Verdacht entfernt ist, mit der sozialdemokratischen Opposition in der Bundesrepublik gemeinsame Sache zu machen, das aber nicht verhindern kann, daß hier und dort - vor allem von flüchtigen Lesern - eine Übereinstimmung zwischen ihrer Kritik, und der der Sozialdemokratie angenommen wird.

Nur scheinbare Übereinstimmung

Daß dieser Schein einer Übereinstimmung trügt, wird selbstverständlich sofort deutlich, wenn man sich nur ein wenig näher mit den kritischen Äußerungen und vor allem der geistigen und wirtschaftstheoretischen Grundhaltung der nichtsozialistischen Kritiker beschäftigt. Überzeugt davon, daß es keinen Mittelweg zwischen einem völlig freien, nur an Kostenvorteilen orientierten internationalen Handel und supranationalen Teilintegrationen gebe, räumen sie den währungspolitischen Maßnahmen (Konvertibilität) und einer allseitigen handelspolitischen Liberalisierung den unbedingten Vorrang ein. Da Konvertibilität und allseitige Liberalisierung im europäischen oder gar weltweiten Rahmen nur erreicht und vor allem auf die Dauer nur erhalten werden können, wenn alle Länder zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung zurückfinden, wird immer wieder der Verzicht auf staatliche Eingriffe in die Wirtschaft gefordert, da solche Interventionen ja erst den zu bekämpfenden Zustand der Desintegration herbeigeführt haben. Damit wird ohne weiteres der meilenweite Abstand gegenüber sozialistischen Überlegungen deutlich, der nicht zuletzt auch darin zum Ausdruck kommt, daß ein Angelpunkt der sogenannten „neoliberalen“ Kritik die angeblich zu starke planwirtschaftliche Konzeption der Montan-Union ist.

Wirtschaftstheoretisches Ideal und Realität

Es steht außer Frage, daß allein eine marktwirtschaftliche Ordnung ebenso wie innerhalb einer Volkswirtschaft auch im internationalen wirtschaftlichen Zusammenspiel die Voraussetzung dafür bietet, daß sich im Interesse der Konsumenten die Produktion an den günstigsten Kostenbedingungen ausrichtet. Die Bemühungen der Bundesregierung um eine Konvertibilität der Währungen und um eine ständige Erweiterung oder Liberalisierung des Handels sind ein Beweis dafür, daß man gerne bereit war und ist, aus dieser Erkenntnis die wirtschaftspolitischen Konsequenzen zu ziehen, zumal die innere wirtschaftliche und vor allem die währungspolitische Situation in der Bundesrepublik die Gewähr dafür bietet, daß Deutschland nicht nur in eine weitgehende internationale Arbeitsteilung eintreten, sondern auch darin auf die Dauer erfolgreich bestehen kann.

Daß aber gerade die Währungspolitik in verschiedenen europäischen Ländern und vor allem in Frankreich ein schwerwiegendes Hemmnis für die wirtschaftliche Integration darstellt, ist in jüngster Zeit immer deutlicher geworden.

Nun ist es zwar keineswegs müßig, immer wieder auf Gründe und Folgen einer „desintegrierten

Währungspolitik“ hinzuweisen. Wichtig ist auch, immer wieder deutlich zu machen, wieviel Schuld einer inflationären Vollbeschäftigungspolitik anzukreiden ist. Doch allein aus diesen Hinweisen eine Änderung zu erwarten, dürfte utopisch sein. Um es ganz deutlich zu sagen: Eine vollständige marktwirtschaftliche Integration bedeutet - gleich in welcher Form es auch immer geschieht - in praxi eine Aufgabe der nationalen Souveränität auf dem Gebiet der Währungspolitik.

Nicht zuletzt in der Meinung über den Weg der Währungspolitik kumulieren sich aber alle wirtschaftspolitischen Gegensätze. Die so außerordentlich berechtigte Forderung nach einer einheitlichen internationalen Währungspolitik hat also solange kaum eine Chance, als sich nicht eine einheitliche Auffassung über die Wirtschaftspolitik schlechthin durchzusetzen vermag.

Die Teilintegration der Montan-Union ist unter diesem Aspekt zweifellos nicht „die Taube auf dem Dach“, die zu erreichen man bemüht bleiben soll und muß. Sie ist jedoch - selbst wenn man von den unbestreitbaren politischen Vorteilen absieht - auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten immerhin „ein Spatz in der Hand“ derjenigen, die sich seit langer Zeit bemühen, die auseinanderflatternden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der einzelnen Regierungen miteinander in Einklang zu bringen.

Die Dynamik in der Montan-Union

Es ist nicht nur während der Debatte im Bundestag, sondern gerade auch in jüngster Zeit immer auf die Dynamik hingewiesen worden, die der Montan-Union innewohnt und durch die gewissermaßen automatisch die Integration weitergetrieben werden soll. Seit der Eröffnung der Gemeinsamen Märkte sind bereits eine Fülle von Problemen aufgetaucht - es sei nur an den sogenannten Steuerstreit erinnert -, die zeigen, wo die Grenzen dieser Teilintegration liegen. Dabei darf man es ruhig als Verdienst der Montan-Union ansprechen, daß diese Probleme nun für jeden sichtbar zutage treten und wie im Falle der unterschiedlichen Steuersysteme vor allem zwischen Deutschland und Frankreich nach einer Lösung drängen. Daß ebenfalls eines Tages die Frage der unrealistischen Wechselkurse in der Montan-Union akut wird, zeichnet sich bereits ab.

Dies alles mag den Wirtschaftstheoretikern sehr unbefriedigend erscheinen, da auf diese Weise die dringenden Probleme der europäischen Integration nur sehr langsam und vielleicht nach ihrer Meinung sehr kostspielig gelöst werden. Für die Praxis jedoch ist eine solche Lösung besser als eine jahrelange mehr oder weniger fruchtbare Diskussion, so wichtig die Klärung grundsätzlicher Fragen auch sein mag.

Kosten der Teilintegration

Die Kosten, die durch die Montan-Union der deutschen Kohle- und Stahlwirtschaft auferlegt werden, haben ebenfalls gerade in jüngster Zeit Anlaß zur Kritik gegeben. Diese Kritik richtet sich vor allem gegen die sogenannte Ausgleichsumlage, die der deutsche Kohlenbergbau an die belgischen und italienischen Gruben zu leisten hat und die seit der Eröffnung des Gemeinsamen Marktes für Kohle in dem Preis für unsere Steinkohle in Höhe von 65 Pfennig je t einkalkuliert wird. Nun muß bekanntlich nicht nur Deutschland diese Hilfe vor allem an Belgien zahlen, sondern auch der niederländische Steinkohlenbergbau ist mit einer solchen Umlage belastet. Und zwar werden beide Länder aus dem Grunde zur Zahlung herangezogen, weil ihre Förderkosten unter den durchschnittlichen Kosten der Gemeinschaft liegen; Belgien und auch Italien erhalten diese Zahlungen, weil ein großer Teil der dortigen Zechen nur unter sehr ungünstigen Bedingungen fördern können. Die Regierungen der Empfangsländer sind außerdem verpflichtet, noch einmal den gleichen Betrag wie er von Deutschland und Holland geleistet wird den Zechen als Hilfe zu geben.

Würden freilich die Beträge dauernd gezahlt werden müssen, um unrentable Zechen am Leben zu halten, wären die Vorwürfe gerechtfertigt, die Montan-Union würde entgegen ihrer Zielsetzung die Ausrichtung der Produktion nach Kostenvorteilen verhindern und damit mehr privat- oder nationalwirtschaftlichen Interessen als der europäischen Integration dienen.

Da aber diese Beihilfen nach den Vertragsbestimmungen nur für die Dauer von fünf Jahren gezahlt werden, und da außerdem sich die Ausgleichsumlage in jedem dieser Jahre um ein Fünftel des Ursprungsbetrages

verringert, wird innerhalb dieser Zeit eine Umstellung in den „subventionierten“ Ländern Belgien und auch Italien gewissermaßen erzwungen und dadurch die Kohlenförderung auf die günstigeren Länder und vor allem auf das Ruhrgebiet konzentriert.

Wenn man aus der Tatsache, daß die Montan-Union auf diese Weise eine befristete „Umstellungsbeihilfe“ gewährt, den Vorwurf des Kartells ableitet und sogar fordert, daß unproduktive Anlagen von heute auf morgen verschwinden sollten, geht man an den wichtigen sozialen Belangen der davon betroffenen Arbeiterschaft vorbei, deren Schutz doch gerade eine besondere Aufgabe der Hohen Behörde ist.